

# FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen  
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 3 / November 2018  
17. Jahrgang

## Atomwaffen an die Kette legen

Zum Flaggtag der Mayors for Peace im Ostalbkreis und in Stuttgart sowie mit dem Internationalen Workcamp in Büchel erinnerte die Pressehütte Mutlangen mit einer Kunstaktion an die Kernforderungen des Mutlanger Manifestes.



Das von Joe Hill für das World Future Council geschaffene Kunstwerk „#3dnukemissile“ erweckt die Illusion einer Atomrakete, die startbereit aus dem Pflaster eines Platzes ragt. Es zeigt damit die nukleare Gefahr, der die Menschheit ausgesetzt ist. Durch Tausende von Atomwaffen – in unterirdischen Bunkern, auf U-Booten oder Militärflughäfen wie Büchel in der Eifel. Aber es schafft auch die Möglichkeit, die Atomrakete symbolisch an die Kette zu legen.



### DER ZAUN WIRD ÜBERWUNDEN

Während andere in das Atomwaffen-gelände Eindringen, flicht eine Workcamp-Teilnehmerin Wolle in den Zaun des Fliegerhorstes Büchel. Bei der diesjährigen Aktionspräsenz gab es erstmals mehrere Go-ins. Nicht nur äußerliche Zäune müssen überwunden werden, auch Denksperren für eine atomwaffenfreie Welt.

Fotos: Workcamp-Teilnehmer

## IN DIESEM HEFT

Die neue Bombe wird gebaut  
Die B61-12-Atombombe der USA ist zertifiziert. Ihre Produktion soll noch diesen Monat starten. Sie soll auch in Deutschland stationiert werden. Dagegen wehren wir uns.

Kein Geld für die neue Bombe und andere Atomwaffen. Diese Forderung wird immer lauter.  
Seite 1 und 5

Geld für die Friedensarbeit  
das braucht die Pressehütte.  
Seite 2 und Beilage

Atomwaffen aus Büchel abziehen  
ist eine der Forderungen der Aktionspräsenz am Stationierungsort. Wir waren mit einem internationalen Workcamp dabei.

Berichte zu Aktionen und der juristischen Auseinandersetzung  
Seiten 3-4, 9-11

Atomwaffen verbieten  
dafür setzen sich die Mayors for Peace ein. Blitzlichter aus der Bundesversammlung.  
Seite 2

Der INF-Abrüstungsvertrag ist in Gefahr  
vor 35 Jahren haben wir gegen die atomaren Mittelwaffen blockiert, durch den INF-Vertrag wurden sie verboten, heute kämpfen wir für den Erhalt des Vertrages.  
Seiten 7-8

LETZTE MELDUNG  
Trump droht INF-Vertrag zu kündigen



Aktionspostkarten  
in diesem FreiRaum!

Pressehütte



**Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,**  
in der Pressehütte wird ein Generationswechsel immer dringlicher. Mit 60 Jahren bin ich das jüngste Vorstandsmitglied. Bei den nächsten Wahlen muss sich das ändern. Doch auch die Organisation unserer Aktivitäten muss auf eine jüngere Generation übergehen. Um dies zu ermöglichen, haben wir uns ein ehrgeiziges Ziel gesteckt, das FriedensarbeiterInnen-Projekt so auszuweiten, dass längerfristige Anstellungen möglich werden. Starten wollen wir im Januar mit Arailym Kubayeva. Sie haben sicher schon den Werbungsflyer erhalten. Die ersten Rückmeldungen und Spenden sind ermutigend, aber bei weitem noch nicht ausreichend. Wir benötigen monatlich 2.100 €. Für die ersten fünf Monate ist das Geld hierfür durch kleine und große Einzelspenden vorhanden. Danke allen! Um die Anstellung langfristig zu sichern, müssen wir noch mehr regelmäßigen Spenden für das Projekt bekommen. Wir haben daher den Flyer erneut beigelegt. Bitte überlegen Sie, was Sie selbst beitragen und welche jüngere Person Sie ansprechen können, das Friedensarbeiterprojekt zu unterstützen.

## Verträge einhalten und stärken



Foto: LRA Ostalbkreis

Im Landratsamt Aalen legten Landrat Klaus Pavel, Bürgermeister und Kreisräte symbolisch die Atomwaffen an die Kette. Sie betonten die Feststellung des Mutlanger Manifestes „*Abrüstungsverträge schaffen Sicherheit*“ und appellierten erneut an die USA und Russland, den INF-Vertrag, aufgrund dessen Mutlangen

atomwaffenfrei wurde, einzuhalten. Der deutschen Regierung gilt die Forderung: Deutschland soll dem Atomwaffenverbotsvertrag, der vor einem Jahr von 122 Staaten im Rahmen der UNO verabschiedet wurde beitreten.

## Desinvestition: Den Geldhahn abdrehen

**Marzhan Nurzhan aus Prag, die für das World Future Council und das internationale Netzwerk Abolition 2000, das Kunstwerk in den Ostalbkreis mitgebracht hatte, überbrachte auch einen Brief mit der Bitte, die Aussage nicht in die Atomwaffen investieren zu wollen, zu konkretisieren. Da auch Raiffeisenbanken und Sparkassen Fonds anbieten, welche die Atomwaffenindustrie unterstützen, bestehen hier Ansatzmöglichkeiten, „global zu denken und lokal zu handeln.“**

Friedensorganisation PAX aufgedeckt, dass die Deutsche Bank mehrere Milliarden Euro in Hersteller von Atomsprengköpfen und Atomraketen investiert hatte. „*Die neue Richtlinie ist ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung,*“ sagt Martin Hinrichs, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland. „*Geschäfte mit Massenvernichtungswaffen sind durch nichts zu rechtfertigen.*“ Mit der Richtlinie werden erstmals alle Transaktionen mit Firmen ausgeschlossen, die direkt an der Herstellung oder Instandhaltung von Atomwaffen beteiligt sind.

Das Thema Investitionen in die Atomwaffenindustrie zu vermeiden bzw. zurückzuziehen, gewinnt für die Arbeit der Friedensorganisationen immer mehr an Bedeutung. In der Kampagne „*Don't bank on the bomb*“ arbeiten die Internationale Initiative ICAN und PAX aus den Niederlanden zusammen. In die gleiche Richtung arbeitet „*Move the Nuclear Weapons Money*“ gegründet vom *Basel Peace Office, dem International Peace Bureau, dem World Future Council und dem Parlamentarischen Netzwerk für Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung, PNND.*

**Die Pressehütte Mutlangen wird sich im nächsten Jahr, wenn Arailym Kubayeva ihre Tätigkeit im FriedensarbeiterInnenprojekt aufnimmt, aktiv in die Desinvestitionskampagnen einbringen, damit es gelingt, die Atomwaffen an die Kette zu legen.** WSH

Die Arbeit ist nicht ohne Effekt. Wer hätte das gedacht? Die Deutsche Bank will aus dem Atomwaffengeschäft aussteigen!

Die Deutsche Bank will ihre Geschäftsbeziehungen zu Atomwaffenherstellern beenden. Mit einer „*Richtlinie zu kontroversen Waffen*“ reagiert sie auch auf Kritik an ihrer Geschäftspolitik. ICAN hatte in einer Studie zusammen mit der



[www.friedenssteuer.de](http://www.friedenssteuer.de)

Das Motiv dieses Geldscheins, stammt vom Netzwerk Friedenssteuer mit einem Panzer im Zentrum. Für die Aktion **Don't Bank on the Bomb** haben wir es erstmals mit Atompilz genutzt. Wir danken der Friedenssteuerinitiative für ihre Zustimmung. Die Finanzen sind ein wichtiger Hebel, um einer friedlicheren Welt ohne Atomwaffen näher zu kommen: Rüstung und Krieg das Geld entziehen; in Friedensarbeit investieren. Wehren wir uns, dort wo unser Geld in Aufrüstung fließen soll und spenden wir soviel wie möglich in die Friedensarbeit: Jeder Euro zählt.

Mit friedlichen Grüßen

Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

# Und wieder gelangen AktivistInnen auf Atombunker

RESÜMEE DER 20 PROTESTWOCHE IN BÜCHEL

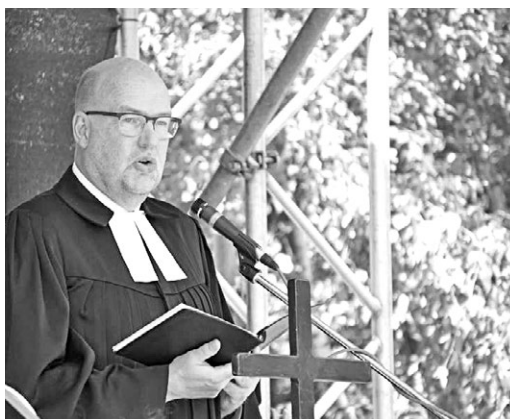


Quäkergruppe auf dem Weg zum Startbahn

Fotos: atomwaffenfrei.de



In der Internationalen Woche: Protest auf dem Atombunker



Renke von Brahms, Friedensbeauftragter der EKD

## DER ZIVILE UNGEHORSAM IM RAHMEN DER AKTIONSPRÄSENZ 20 BOMBEN 20 WOCHE

Mehrmals fanden in diesem Jahr Go-ins in den Fliegerhorst Büchel statt. Vom 26. März bis zum 9. August mahnten, protestierten, blockierten über 2000 Menschen aus 50 Friedensgruppen- und Organisationen mit und ohne zivile Ungehorsam am und im Fliegerhorst Büchel. Marion Küpker zieht Bilanz.

Die Gruppen mahnten und blockierten meist in noch höherer Personenanzahl und viel selbstsicherer als in den Jahren zuvor. Die Polizei und Bundeswehr verhielt sich noch zurückhaltender als bisher.

Erst wenn keines der drei wichtigen Tore mehr offen war, wurde die Polizei zum Freimachen für ein Tor gerufen – sie brauchte eine halbe bis eine Stunde Anfahrtszeit. Die Autos der SoldatInnen wurden von der Bundeswehr zu dem jeweils noch offenen Tor umgeleitet.

Die Polizei trug dann die BlockiererInnen sanft auf den außen liegenden Wiesenstreifen und nahm die Personalien auf – manchmal machte sie dort auch Fotos. Niemand wurde mit zur Polizeiwache ins 16 km entfernte Cochem gebracht oder gar ins 60 km entfernte Koblenz, wie dies 2017 bei einer Blockade von JUNEPA der Fall war. Die PolizistInnen sprachen nach Auflösung der Blockaden Platzverweise für die Straße vor den Toren

für die kommenden 24 Stunden aus, verbunden mit der Androhung eines polizeilichen Gewahrsams bei Nichtbefolgen. Sie wollten nach Abfahrt nicht gleich wieder kommen müssen.

## HIGHLIGHTS

### Kirchlicher Protest

Erstmalig kamen dieses Jahr über 600 Menschen aus sieben evangelischen Landeskirchen zum Ökumenischen Gottesdienst mit dem Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Pastor Renke Brahms. Dieser Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens fand bewusst am 7. Juli statt, dem Tag, an dem genau vor einem Jahr 122 Länder den Text des Atomwaffen-Verbotsvertrages beschlossen hatten.

Für die OrganisatorInnen der Christinnen und Christen ist klar, dass diese Mobilisierung sich in den kommenden Jahren fortsetzen soll. Die Verbindung mit den Kämpfen der 80er Jahre gegen den NATO-Doppelbeschluss und die aktuelle Erinnerung der Atomkriegs-Gefahr wurde wieder geweckt, sodass viele versprochen, mit noch mehr Menschen in den nächsten Jahren wieder zu kommen. Für die Akzeptanz unserer Proteste in der Bevölkerung der Region ist die Unterstützung der Kirchen sehr wichtig.

## Go-ins schaffen Diskussionen in der Bevölkerung, der Friedensbewegung und bei der NATO

Die Diskussion um Go-ins, das demonstrative Eindringen in ein Militärgelände, hat in der Friedensbewegung in den 80er Jahren begonnen. Daniel Elsberg schlug in Mutlangen einen Go-in vor, als klar wurde, dass die *Prominentenblockade* nicht geräumt wurde. Sein Vorschlag wurde nicht aufgegriffen. Wolfgang Sternstein plante damals zur Eskalation des gewaltfreien Widerstandes eine *Pflugscharaktion*. Im Dezember 2013 drang er mit Carl Kabat und zwei weiteren Friedensaktivisten in Schwäbisch Gmünd in die Hardtkaserne ein. Sie rüsteten einen Pershingtransporter ab, in dem sie ihn mit Hammer und Zangen beschädigten.

Nach Abzug der Pershing aus Mutlangen brachte die *EUCOMUNITY* mit Entzündungsaktionen den die US-Kommandozone in Stuttgart Vaihingen ins öffentliche Bewusstsein. Es folgten Go-ins in Büchel als *Zivile Inspektionen* eines Atomwaffenstandortes.

Ziviler Ungehorsam durch Go-ins waren und sind in der deutschen Friedensbewegung höchst umstritten. Gerade in Büchel mussten die AktivistInnen heftige Kritik durch die regionale Friedensbewegung erfahren.

Anders ist das in Belgien. Dort gab es am Atomwaffenstandort Kleine Brogel einen Massen Go-in mit über 1000 Personen. Unter dem Stichwort „*Bombspotting*“ dringen auch immer kleiner Gruppen auf das Gelände der belgischen Luftwaffe ein. Eine davon drehte von ihrem Go-in einen Film und verknüpfte die Daten mit Google Earth um zu zeigen, wo die Atombomben gelagert werden. Auf die NATO hat diese Aktion großen Eindruck gemacht. Bei einem Hintergrundgespräch 2011 im NATO-Hauptquartier fragte ich den deutschen Diplomaten, mit welchen Aktionen die nukleare Teilhabe beendet werden könnte. Er meinte unter Verweis auf *Bombspotting*, diese Aktionen hätten die Diskussionen in der NATO enorm angestoßen.

In Büchel gab es bei der letztjährigen Aktionspräsenz einen Go-in, in diesem Jahr drei.

Inzwischen ist die Akzeptanz dieser Aktionsform gestiegen. Sie sollte in den Aktionsplanungen für die kommende Aktionspräsenz weiter berücksichtigt werden.

Wolfgang Schlupp-Hauck



## Mehr als zwei Drittel der Deutschen wollen keine Atomwaffen

Eine Zweidrittelmehrheit aller Bundesbürger sind für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland sowie den Beitritt Deutschlands zum internationalen Atomwaffenverbot. Das zeigt eine Umfrage im Auftrag der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). 70 Prozent wollen demnach, dass die Atomsprengköpfe aus Büchel verschwinden, nur 16 Prozent möchten, dass sie bleiben. Außerdem sprechen sich 71 Prozent dafür aus, dass die Bundesregierung dem UN-Atomwaffenverbot beitrifft, nur 13 Prozent sind dagegen. Das Meinungsforschungsinstitut YouGov hat mehr als 2.000 Deutsche befragt. Und hier finden Sie die Ergebnisse im Detail: [www.icanw.de/wp-content/uploads/2018/07/YouGov-Umfrage\\_Atomwaffen\\_2018.pdf](http://www.icanw.de/wp-content/uploads/2018/07/YouGov-Umfrage_Atomwaffen_2018.pdf)

## Costa Rica ratifiziert das Atomwaffenverbot

Costa Rica hat inzwischen den Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert. Damit wurde der Vertrag mittlerweile von 59 Staaten unterzeichnet und von 11 Staaten ratifiziert.

## Die Schweiz noch nicht

Der Schweizer Bundesrat hat im August 2018 beschlossen, dass die Schweiz den 2017 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterzeichnet.

## EU-Parlament für Atomwaffenverbotsvertrag

Das EU-Parlament hat eine Empfehlung abgegeben, in der es den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag empfiehlt. Von den deutschen Abgeordneten haben die MdEPs der SPD und Grünen dafür gestimmt. Die entsprechende Passage lautet:

„Das Europäische Parlament [...] empfiehlt dem Rat, [...] den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen zu befürworten und auf dessen Unterzeichnung und Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen hinzuwirken; die nukleare Abrüstung sowohl regional als auch weltweit voranzubringen, in der alle Mitgliedstaaten der EU aufgefordert werden, die Konferenz der Vereinten Nationen zur Aushandlung eines rechtsverbindlichen Instruments zum Verbot von Kernwaffen zu unterstützen.“

News zusammengestellt von Marvin Mendyka, Friedenskooperative



## GO-INS: 27 MAL SCHNITTEN AKTIVISTINNEN SICH DURCH DIE ZÄUNE

Direkt im Anschluss an die Veranstaltung der mahnenden Christen startete das Internationale Camp mit einer neunköpfigen US- und einer achtköpfigen holländischen Catholic Workers-Delegation sowie jungen Menschen aus Italien, Spanien, Frankreich, Russland, Belgien, Österreich, Großbritannien... Obwohl die militärischen Verantwortlichen nach der "skandalösen" Go-In-Aktion von 2017, bei der fünf Aktive auf einem der Atombunker saßen, erklärt hatten, sie wollten das militärische Sicherheitskonzept überarbeiten, schafften es fünf Gruppen wieder unbemerkt in den Sicherheitsbereich. Von diesen insgesamt 18 Personen gelangten einige zur Landebahn und drei Aktive wieder auf einen sogar neu eingezäunten Atombunker. Auch sieben Quäker und Christen gelangten wenige Tage darauf auf die Landebahn und verzögerten einen Tornado-Start, nachdem sie eigenständig die Militärbasis telefonisch über ihren „Aufenthalt im Inneren“ informiert hatten. Und auch am Hiroshima-Gedenktag wagten sich zwei US-AmerikanerInnen erfolgreich auf einen weiteren eingezäunten Atombunker im südlichen Teil der Militärbasis. Damit konnte unser Anliegen auch Eingang in überregionale und internationale Presse finden.

## Juristische Sanktionen

Bisher führten Go-In-Aktionen in den 20 Jahren immer zu Anklagen wegen Hausfriedensbruchs und teilweise wegen Sachbeschädigung, falls auch der Zaun durchschnitten wurde. Die Höhe der Geldstrafen für Nicht-Vorbestrafte belief sich auf max. 40 Tagessätze, es gab aber auch Einstellungen. Erstmals gab es 2017 (Internationale Woche) keine Strafbefehle für eine 30-köpfige Go-In Aktion (16. Juli). Nur der einzige deutsche Teilnehmer an einer Atombunker-Besetzung (17. Juli 2017, die er mit vier U.S.-AmerikanerInnen durchführte) wurde angeklagt. Mitte Januar 2019 soll seine Berufungsverhandlung in Koblenz sein. Jetzt im Juni haben seine U.S.-MitstreiterInnen



bei der Staatsanwaltschaft in Koblenz gegen die Einstellung ihrer Verfahren protestiert. Anschließend versucht die Staatsanwaltschaft internationale AktivistInnen aus Prozessen heraus zu halten.

Aktuell schickt die Bundeswehr Anhörungsbögen an TeilnehmerInnen der Aktion am 16. Juli 2017, denen sie eine Ordnungswidrigkeit zur Last legt. Mein Eindruck ist, die Bundeswehr will Verwirrung stiften, nachdem sie die Proteste nicht eindämmen konnte. Weiter gibt es noch die Prozesskampagne Widerspruch von JunepA des Go-Ins aus 2016, die den Zivilen Ungehorsam in Büchel durch die gerichtlichen Instanzen rechtfertigt! Martin Otto saß Ende September für eine Woche im Gefängnis. (Siehe seinen Gedanken aus dem Gefängnis Seite 11).

## 2019 müssen wir mit der Aktionspräsenz unseren Protest weiter steigern

Da 2020 frühestens die "einsatzfähige" B61-12 Atombombe in den USA in Produktion gehen soll, hat das kommende Jahr eine besondere Bedeutung: mit Zivilen Ungehorsams-Aktionen in Büchel müssen wir den Druck auf die Regierung so weit erhöhen, dass diese nicht weiter ignoriert werden können.

## Wir wollen keine neuen Atombomben in Büchel! Abrüstung statt Aufrüstung!

Die Selbstverpflichtungserklärungen - mindestens einmal im Jahr nach Büchel zu den Protesten zu kommen - wurden bisher von 280 Menschen unterschrieben, weitere 228 Menschen erklärten sich bisher mit unseren Protesten (inklusive dem zivilen Ungehorsam) solidarisch. Weitere 500 Menschen solidarisieren sich aus dem Ausland. **Wir werden mehr und entschiedener!**



Marion Küpker  
GAAA und DFG-VK





Das Workcamp hat die Mauer bei der Pressehütte neu bemalt und am Flaggentag in Schwäbisch Gmünd mit OB Richard Arnold teilgenommen  
Fotos: TeilnehmerInnen des Workcamps

## Workcamp am historischen und an aktuellen Orten

Zwei Wochen war das internationale Workcamp der Pressehütte Mutlangen unterwegs mit Aktiven aus der Pressehütte und des Versöhnungsbundes. Die jungen Leute beschäftigten sich mit der Mutlanger Geschichte der Gewaltfreiheit, erkundeten den ehemaligen Atombunker der Bundesregierung bei Bonn und erlebten den aktiven gewaltfreien Widerstand am Atomwaffenstandort Büchel

Sie reisten an aus: Belgien und den Niederlanden, Italien und Spanien, Russland und Kasachstan. In Mutlangen bemalten sie die Grundstücksmauer der Pressehütte und beteiligten sich am Umbau der Pressehütte, ein neues Zimmer wurde geschaffen. Zum Flaggentag der Mayors for Peace gingen sie ans Schwäbisch Gmünder Rathaus und wohnten dem Hissen der Flagge durch Oberbürgermeister Richard Arnold bei.

Auf die Teilnahme an der Aktionspräsenz „20 Bomben – 20 Wochen“ in Büchel bereiteten sich die Teilnehmer des Workcamps

in der Pressehütte Mutlangen vor. Durch Dias, Filme und den Geschichtspfad auf die Mutlanger Heide, wurde die Blockadezeit lebendig, die Frage der atomaren Gefahr deutlich und die Auseinandersetzung mit gewaltfreien Aktionen angeregt.

In Büchel nahmen sie an der „Internationalen Woche“ teil. Sie erweiterten durch Rodungsarbeiten die Friedenswiese der Zufahrt zum Atomwaffenlager und legten dort ein langes Blumenbeet an.

Auf dem Fliegerhorst Büchel trainieren deutsche Piloten weiterhin den Abwurf von

Atombomben. „Diese sollen in den nächsten Jahren technisch aufgerüstet werden“, erklärte ihnen Wolfgang Schlupp-Hauck. Er zog den Vergleich mit der Pershing 2, welche durch ihre größere Reichweite und ihrer höhere Treffgenauigkeit die Aufrüstungspirale des kalten Krieges und die damit verbundene Atomkriegsgefahr anfachte. Thomas Bühler vom Versöhnungsbund machte darauf aufmerksam, dass über die Bomben in Büchel der unberechenbare US-amerikanische Präsident befiehlt, der schon mit dem Einsatz nuklearer Waffen gedroht habe.





Sich kennenlernen, austauschen und Aktivitäten planen

### AKTIONSERFAHRUNGEN

Am Sonntag, den 15. Juli durchtrennten 18 Friedensaktivisten den Zaun am Atomwaffenstützpunkt, überwand den Stacheldraht und drangen ein. Über einem Bunker hielten sie die Friedensfahne. Die Teilnehmer des Workcamps waren dabei, beobachteten, fotografierten und unterstützten den Go-In.



Am Montag wurden zwei der drei Tore blockiert, am Freitag darauf alle drei. Die Polizei räumte ein Nebentor frei. Davor bildeten sich Kilometer lange Autoschlangen mit Wartezeiten von über einer Stunde. Auch hier die Gruppe mitten im Geschehen.

Manche Autofahrer reagierten müde oder verärgert, einige nahmen jedoch das Schild von Thomas zur Kenntnis, mit dem er sich an ihr Gewissen wandte: „Trump kann einen nuklearen Angriff befehlen. Soldaten, Piloten, Techniker – würdet Ihr gehorchen?“

Im Gespräch mit Thomas bezweifelte ein Polizist, ob das Gewissen je etwas ausrichten könne. Er notierte sich zum Nachschauen im Internet den Namen „Stanislav Petrow“, jenem sowjetischen Offizier, der 1983 einen Computer-Alarm zum Start von US-Atomraketen bewusst nicht weiterleitete und so die Welt rettete, denn es war ein Fehlalarm.

Welch ein Irrsinn ein Atomkrieg ist, wurde der Workcampgruppe im ehemaligen Regierungsbunker Ahrweiler deutlich. Es ist ein Kilometer langes Tunnelsystem, welches der Bundesregierung das Überleben sichern

sollte. „Die anderen Menschen müssen draußen in der Verwüstung und Strahlung bleiben. Selbst für die Frau des Bundespräsidenten gab es keinen Platz, hat uns der Führer erzählt“, wunderte sich Maria aus Russland.

Die Teilnehmer waren vom Mut der Aktivisten beeindruckt. Federica aus Italien erklärte: „Ich habe gelernt, dass nicht nur die Atomwaffen, sondern auch ihre Herstellung menschenverachtend sind. Ich bin froh, dass ich im Workcamp aktiv für den Frieden werden konnte und will das bleiben.“



In Büchel beim marschieren, beim blockieren, beim arbeiten und in Cochem bei der Burgführung (Fotos: TeilnehmerInnen des Workcamps)

**NO!**

**NEIN!**

**NJET!**

Abrüstung schafft Sicherheit  
INF-Vertrag erhalten!



**Abrüstung schafft Sicherheit -  
INF-Vertrag erhalten**

OHNE RÜSTUNG  
LEBEN

Pressehütte.

DFG-VK  
DEUTSCHE FRIEDENSGESellschaft -  
VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNER:innen

RIE  
FRIEDENS  
KOOPERATIVE

BÜCHEL IST ÜBERALL!  
atomwaffenfrei.  
jetzt

Bitte senden Sie die beigefügten Aktionspostkarten an die Botschaften der USA und Russlands und umseitigen Brief an das Auswärtige Amt. Weitere Aktionspostkarten und Briefvorlagen können Sie in der Pressehütte Mutlangen bestellen.

Pressehütte Mutlangen  
07171 75661  
[mail@pressehuetten.de](mailto:mail@pressehuetten.de)

Absender

Herrn Außenminister  
Heiko Maas  
Auswärtiges Amt  
11013 Berlin

---

---

---

---

Sehr geehrter Herr Außenminister,

die von US-Präsident Donald Trump aktuell geäußerte Absicht, den INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty) aufzukündigen, gefährdet den Weltfrieden.

Ich bin über die technische Aufrüstung der Atombomben in Büchel und die erneute Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen besorgt. Mit der Warnung vor den Gefahren eines atomaren Wettrüstens wenden ich mich an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam das INF-Abrüstungsabkommen verteidigen. Als bisher einziges Abkommen hat es zur Verschrottung einer ganzen Kategorie von Atomwaffen, also zu realer Abrüstung geführt. Wenn es Verletzungen des INF Abkommens gegeben haben sollte, hat das Vertragswerk dazu klare Regelungen. Die entsprechende Kommission „Special Verification Commission“ der beiden Unterzeichnerstaaten muss einberufen werden. Dieses ist seit 2017 nicht mehr geschehen.

In der Koalitionserklärung hat die Große Koalition vereinbart: „Im nuklearen Bereich setzen wir uns für die strikte Einhaltung des INF-Vertrages ein. Eine vollständige Überprüfbarkeit ist essenziell.“ Leider wird im Folgenden nur Russland kritisiert: „Ein russischer Vertragsbruch, für den es begründete Sorgen gibt, hätte erhebliche Auswirkungen, weil derartige Waffen jedes Ziel in Europa erreichen könnten.“ Ich fordere Sie auch auf, die russischen Bedenken und Sorgen gegen über den USA ernst zu nehmen.

Sowohl die US-Vorwürfe an Russland als auch die Gegenvorwürfe aus Moskau lassen sich ohne Kenntnis und Zugang zu der Geheimhaltung unterliegenden Informationen nur schwer überprüfen. Die oberste Handlungsmaxime muss sein, nichts unversucht zu lassen, um durch Gespräche oder Verhandlungen Vorwürfe über Vertragsverletzungen zu erörtern und wo nötig Korrekturmaßnahmen einzuleiten.

**Ich fordere Sie daher auf,**

- ➔ **sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass der INF-Vertrag erhalten bleibt.**
- ➔ **die nukleare Abrüstung in Europa und weltweit aktiv voranzubringen.**

Nehmen Sie in einer Regierungserklärung öffentlich positiv zur nuklearen Abrüstung und der Bedeutung des INF-Vertrag Stellung. Fordern Sie die USA und Russland auf in der „Special Verification Commission“ die gegenseitigen Vorwürfe zu erörtern und Missstände zu beseitigen. Erklären Sie unmissverständlich, dass eine erneute Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden nicht infrage kommt.

Mit freundlichen Grüßen







Hannovers Bürgermeister Hermann übergibt eine Friedenstaube an den Münstraner OB Lewe  
Foto: Mayors for Peace

## Was schafft Sicherheit: Deutsche Atombombe oder Atomwaffenverbot?

### KONTROVERS GING ES IN MÜNSTER BEI DER BUNDESVERSAMMLUNG DER MAYORS FOR PEACE ZU.

Am 15. Juni fand in Münster, der Stadt des Westfälischen Friedens die Bundesversammlung der Mayors for Peace statt. Am Vorabend diskutierten unter dem Motto „Zwischen Vision und Wirklichkeit: Neue Wege zu einer atomwaffenfreien Welt“ Prof. Christian Hacke und Sascha Hach. Der Bonner Professor vertrat und die Ansicht, dass der Verbotsvertrag scheitern wird. Für ihn sind „Nuklearwaffen Instrumente einer funktionierenden Abschreckung“. Er forderte gar eine deutsche Atombombe. Sacha Hach setzte die Vision einer atomwaffenfreien Welt dagegen und brandmarkte die humanitären Konsequenzen der Atomwaffen.

### ABLEHNUNG DURCH DIE REGIERUNG

Auf der Bundesversammlung erläuterte Christoph Hallier, Referatsleiter „Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle“ im Auswärtigen Amt, die derzeitige Haltung der Bundesregierung. Er führte aus, dass insbesondere der von den USA erhobene Vorwurf, Russland bräche durch die Einführung eines neuen bodengestützten Mittelstreckenraketen-systems den INF-Vertrag, die nukleare Ordnung erheblich erschüttere. Er erläuterte, der New START-Vertrag könne 2021 einmalig um fünf Jahre verlängert werden. Allerdings knüpften Entscheidungsträger

in den USA dies an die vorherige Lösung der INF-Frage. Eine Nachrüstungsdebatte drohe, wenn die Arsenale nicht mehr durch Verträge begrenzt seien. Die Bundesregierung messe der Bewahrung des INF-Vertrags wie auch einer Verlängerung bzw. Neuaufgabe des New START-Vertrags eine zentrale Bedeutung bei. Sie lehne den Verbotsvertrag ab. Er schwäche den Nichtverbreitungsvertrag und leiste keinen Beitrag zu nuklearer Abrüstung, da er die Atomwaffenstaaten nicht einbeziehe.

### MUTLANGER MANIFEST FORDERT UND VERPFLICHTET

Das Mutlanger Manifest wurde von Wolfgang Schlupp-Hauck vorgestellt. Er reiste Ende April mit einer Delegation zur UNO nach Genf, um das Mutlanger Manifest dort in den diplomatischen Überprüfungsprozess des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages einzubringen. Er stellte fest, dass das Manifest bei den Nichtregierungsgruppen auf großes Interesse stieß, weil es neben den Appellen an die Regierenden auch Ankündigungen eigener Aktivitäten enthält. Dazu gehört die Erklärung, solange es Atomwaffen gibt, jährlich mindestens mit einer Aktion aktiv zu werden. Wichtiger inhaltlicher Punkt hierbei ist das Thema „Divestment“, d.h. eine Finanzplanung, welche die Unterstützung der Atomwaffenindustrie ausschließt.



### BREMEN FORDERT ATOMWAFFENVERBOT

Die Bürgerschaft in Bremen hat im Dezember 2017 einen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE verabschiedet. Darin wird gefordert, sich auf Bundesebene für eine Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen durch Deutschland einzusetzen. Der Bremer Senat unterstützt das Engagement. Die Freie Hansestadt Bremen erarbeitet derzeit eine Bundesratsinitiative, um den Beschluss umzusetzen, berichtete Ulrike Hiller Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit in der Stadt.

### WELTWEITER APPELL

Hannovers Bürgermeister Thomas Hermann übergab die von den deutschen Mayors for Peace gesammelten Unterschriften für den Appell an die Bundesregierung für den Beitritt aller Staaten zum Atomwaffenverbotvertrag.

*Auszüge dem Protokoll der Bundesversammlung*



## Bundeswehr versendet Anhörungsbögen

TeilnehmerInnen des Go-in am 16. 7. 2017 am Haupttor des Bücheler Fliegerhorsts haben einen Anhörungsbögen von der Bundeswehr erhalten. Die Bundeswehr wirft ihnen vor, mit dem Betreten des militärischen Sicherheitsbereichs eine Ordnungswidrigkeit begangen zu haben. Bußgelder wurden soweit noch nicht verhängt. Einige haben beim Ausfüllen ihrer Anhörungsbögen sehr eindrücklich geschildert, aus welchen Gründen sie Aktionen des Zivilen Ungehorsams gegen die atomare Bedrohung für angebracht halten.

## Den Spieß umgedreht

Ein Beschuldigter aus den Niederlanden hat seinerseits einen offiziell erscheinenden „Anhörungsbogen“ an das „Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr“ geschickt.

Während er selbst von einem Beamten in diesem Bundesamt gefragt wurde, ob er die Ordnungswidrigkeit zugebe - und wenn nein, warum nicht -, fragt er nun diesen Beamten, ob in Büchel internationales Recht gebrochen werde (hier kann der Beamte „Ja“ oder „Nein“ ankreuzen), und wenn nein, warum nicht - und wenn doch, so möge der Beamte bitte erklären, warum dort internationales Recht gebrochen wird. Der Beamte darf den ausgefüllten Anhörungsbogen zurücksenden an das „International collective for nuclear disarmament, environmental protection and durable peace“ in Amsterdam.

## EINWÖCHIGE MAHNWACHE IM GEFÄNGNIS

# Elfte Inhaftierung für Zivilen Ungehorsam in Büchel

**Martin Otto war vom 19. bis 26. September im Gefängnis. Er saß einen Teil der Geldstrafe ab, die er für eine Aktion am Nagasaki-Gedenktag 2016 für das Aufschneiden des Zauns in Büchel erhalten hatte. Zu seinem Haftaufenthalt hat er sich die folgenden Gedanken gemacht.**

## ZUR BEREITSCHAFT INS GEFÄNGNIS ZU GEHEN

1. Henry David Thoreau wurde 1846 in den Knast gesteckt, weil er in den USA die Wahlsteuer nicht bezahlte. Zurück in Freiheit schrieb er seinen berühmt gewordenen Essay „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“.
2. Mahatma Gandhi war rund sechs Jahre in Haft. Er pflegte seinen Mitstreiter\*Innen, die auch wegen Zivilen Ungehorsams eingebuchtet waren, zu gratulieren: „Nur weiter so. Denn der Weg zu Indiens Freiheit führt durch die Gefängnisse.“
3. Martin Luther King sagte 1956 in einer Predigt: „Wenn Ihr für Wahrheit und Gerechtigkeit Eure Stimme erhebt, werdet Ihr Spott und Hohn erfahren. Man wird Euch weltfremde Idealisten oder gefährliche Radikale schimpfen. Vielleicht werdet Ihr ins Gefängnis geworfen. Dann müsst Ihr Euren dortigen Aufenthalt als eine ehrenvolle Gunst betrachten.“ Fünf Jahre später nahmen an der Sit-In-Bewegung 70.000 Menschen teil. 3600 ließen sich ins Gefängnis bringen. Dieser Widerstand führte bis Ende 1961 vielerorts zur Aufhebung von Rassenblockaden in Restaurants, Kinos usw.
4. In der BRD wurden in den 1980er Jahren rund 200 Atomwaffen-Gegner\*Innen ins Gefängnis gesperrt, weil sie die Standorte der Pershing II und Cruise Missiles blockiert hatten.
5. Hanna war 1998 die erste, die wegen einer Aktion in Büchel in den Knast ging. Es folgten Rebecca, Volker, Armin, Hanna zum zweiten Mal, dann Erika, zweimal Wolfgang und zweimal ich.

## ABRÜSTUNG VON UNTEN

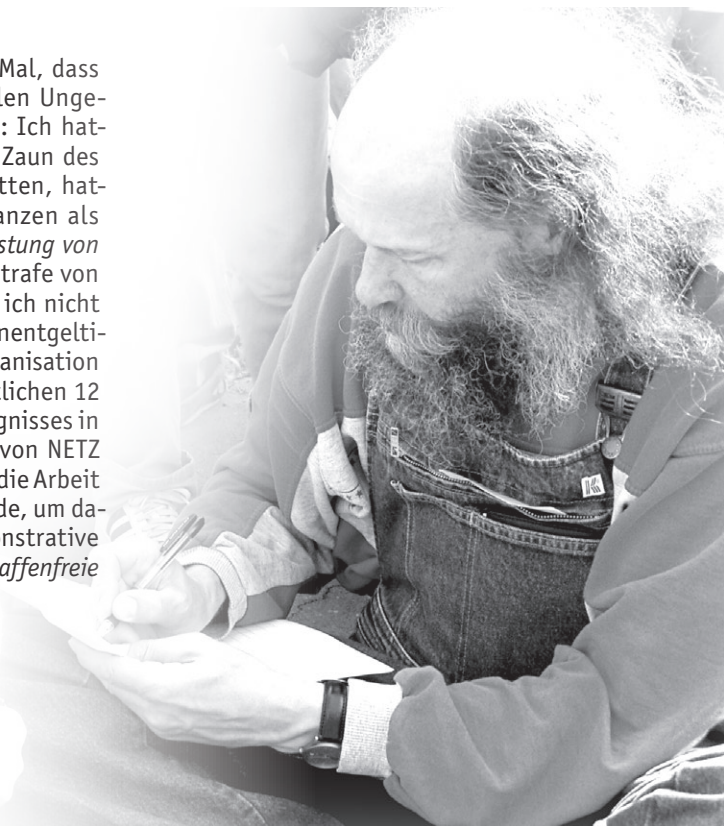
Vom 19. bis 26.9.2018 war das elfte Mal, dass jemand wegen einer Aktion des Zivilen Ungehorsams in Büchel im Gefängnis war: Ich hatte am Nagasaki-Gedenktag 2016 den Zaun des Atomwaffen-Stützpunkts aufgeschnitten, hatte diese Aktion in drei Gerichtsinstanzen als „kleinen bescheidenen Beitrag zur Abrüstung von unten“ bezeichnet, war zu einer Geldstrafe von 25 Tagessätzen verurteilt worden, die ich nicht bezahlte, hatte 13 Tagessätze durch unentgeltliche Arbeit für die Bangladesch-Hilfsorganisation NETZ getilgt und war dann für die restlichen 12 Tage in den Offenen Vollzug des Gefängnisses in Gießen geladen worden. Den Leuten von NETZ hatte ich schon gleich gesagt, dass ich die Arbeit nach 13x6=78 Stunden abrechnen werde, um danach die Ersatzfreiheitsstrafe als demonstrative „Mahnwache im Gefängnis für eine atomwaffenfreie Welt“ anzutreten.

## DANKE FÜR DIE SOLIDARITÄT

Demonstrativ war meine Haft, weil die Kampagne „Büchel ist überall! - atomwaffenfrei.jetzt“ dazu eine Pressemitteilung verbreitete, der ein Offener Brief an die Bundesregierung, die US-Botschaft und mehrere Justizorgane beigelegt war. Unter diesem Brief standen die Namen von 235 Unterzeichnenden, die nicht nur den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Verbotsvertrag forderten, sondern auch die Beendigung der Strafverfolgung von Menschen, die gegen die atomare Bedrohung mit Aktionen vorgehen, bei denen in begrenztem Maße Verbote übertreten, jedoch Leben und Gesundheit anderer nicht gefährdet werden. Außerdem bekundeten die 235 Leute öffentlich, dass sie Geld zusammenlegten, um mich vorzeitig aus der Haft auszulösen und damit quasi eine „legale Strafvereitelung“ zu begeben. – Ich danke allen dafür.

## GEFÄNGNIS ALS GLIED IN DER AKTIONSKETTE

Ich bin – in Abwandlung von Gandhis oben erwähntem Zitat – davon überzeugt: Der Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen führt durch die Gefängnisse. So saß ich eine Woche ab. Unsere Bereitschaft zu Aktionen und zivilem Ungehorsam muss so stark werden, dass sie nicht mehr ignoriert werden können. Die Go-Ins in der diesjährigen Aktionspräsenz sind Schritte in diese Richtung. **Martin Otto, Wetzlar**







Matthias Engelke in Büchel, zum Abschluss des Fastens

Foto: atomwaffenfrei.jetzt

## Fastenkampagne Global Zero Now

**Seit neun Jahren fastet Matthias Engelke für den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und eine atomwaffenfreie Welt. Jedes Jahr einen Tag länger. Er berichtet.**

Die äußeren Daten der diesjährigen neunten Fastenaktion sind schnell aufgezählt: Zwölf Tage Fasten – d. h. ich lebe allein von Wasser und Tee, täglich einem guten Wort Gottes und davon, wo sich die Leidenschaft für das Leben zeigt. Stationen in Tallin (Estland), Mutlangen, Schwäbisch-Gmünd, Nettetetal-Breyell und Büchel. Morgens und abends jeweils um 20.15 Uhr Andachten/Gedenkfeiern an die Opfer des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. Jeweils ein Name wird verlesen und eine Kerze entzündet. Themenabende mit den Schwerpunkten: „Wie schütze ich mich vor Abstumpfung?“, „Die Religion der Intoleranz“, die eine Armee gleich welcher Art bereits in sich darstellt und „Den Mächten die Wahrheit sagen. Speaking truth to power“. Von Anfang an hat Serge Levillayer in Frankreich am Mont St. Michel mitgefastet. Vom Hiroshimagedenktag an, dem 6.8. bis zum Nagasaki-Gedenktag, den 9.8. wurde zugleich öffentlich in Frankreich, Großbritannien, Neu-Seeland, Japan, Indien, Vereinigte Staaten, Togo sowie in Deutschland auch in Dresden gefastet. Es gab zahlreiche z. T. sehr intensive Gespräche und eine offizielle Einladung vom Bürgermeister Richard Arnold, Mayor for Peace in Schwäbisch-Gmünd. In Nettetetal-Breyell wurden drei Abende künstlerisch gestaltet, mit Renate Wiesemann-Fuchs (Nettetal-Lobberich), es sangen Nicole Mercier (Kalt) und Ulrike Theven (Breyell) sowie mit der Kunstinstallation #3dnukemissile mit Thies Kätow von den Parlamentariern für den Frieden, der deswegen extra aus Prag anreiste. Der Abschluss war wie jedes Jahr Büchel zum Abschluss der Aktionspräsenz. Bilder und Zeitungsartikel auf der Webseite [fastenkampagne.global-zero-now.de](http://fastenkampagne.global-zero-now.de)

Diese Fastenaktionen haben auch eine innere Seite. Es ist auch ein Fasten der Buße, weil seit Beginn der Lagerung der Atombomben der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland immer noch zu wenig dafür getan wird, dass Deutschland und Europa atomwaffenfrei werden. Nicht zuletzt gilt es auch die Herzen der Verantwortlichen in Militär und Politik zu erreichen, dass wir gemeinsam umkehren und der Verehrung des Todes in Gestalt dieser Massenvernichtungswaffen absagen.

In diesem Jahr machte ich in diesem Zusammenhang eine ermutigende und eine verstörende Erfahrung. Mir begegneten Menschen die sagten „In Büchel? Da war ich auch schon!“ Es ist also wichtig weiter daran zu arbeiten, dass Menschen nach Büchel kommen und dort zeigen, dass sie für eine atomwaffenfreie Welt eintreten. Dann hörte ich selbst von Menschen, die sozial oder kulturell engagiert sind „Das bringt ja doch nichts“ oder „Wir können eh nichts machen“. Ich nahm eine erschütternde Lähmung wahr, wenig Kraft, selbst etwas zu bewegen. Als wenn man an die Hand genommen werden möchte.

Sollte es im nächsten Jahr erneut nötig sein, das öffentliche Fasten zu veranstalten, weil die Atombomben der Vereinigten Staaten von Amerika immer noch in Deutschland lagern, werde ich wohl – darüber haben wir in diesem Jahr verschiedentlich diskutiert – verschiedene Schweigekreise halten. Dort, wo man mich einlädt, das Fastenzelt aufzuschlagen – vom 27. Juli bis zum 9. August.

**Matthias-W. Engelke,**  
Ard el Golf, Ägypten

### Für Sie gelesen: „Weltrends“

Das WeltTrends-Institut für Internationale Politik (IIP) aus Potsdam will eine kritische Analyse der derzeitigen internationalen Beziehungen und eine alternative Außenpolitik fördern. Im August 2018 erschien ein Themenheft zur nuklearen Abschreckung. Lutz Kleinwächter erklärt in seinem „Blick in das nukleare Zeitalter“ die Bedrohung durch einen Atomkrieg zur Schimäre. Er will belegen, dass keine der Nuklearmächte selbst einen Atomkrieg plant, sondern diese Absicht immer nur dem Gegner unterstellt. Für ihn hat die gegenseitige nukleare Abschreckung funktioniert. Er räumt aber ein: „Die Problematik hat sich durch den unaufhaltsamen Prozess der Weiterverbreitung der zivilen (militärisch nutzbaren) Nukleartechnologien jedoch verkompliziert.“

Wolfgang Schwarz interpretiert die US Bemühungen für den Aufbau einer Raketenabwehr (ABM) als Zeichen dafür, dass maßgebliche Kräfte in den USA den strategischen Nuklearkrieg nach wie vor im Blick haben. Er sieht auch bei den heutigen ABM-Systemen einen militärischen Sinn nur im Rahmen von Erstschlagüberlegungen. Wolfgang Scheler fordert unter Verweis auf Egon Bahr eine Änderung des Sicherheitsdenkens „Von der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit“. Er stellt fest, dass die deutsche Regierung davon noch weit entfernt ist. Sie hat im Weißbuch 201 festgeschrieben „Solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können, besteht die Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung fort.“ Dabei fällt ihm auf, dass hier den Atomwaffen sogar zugesprochen wird, Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein zu können. Deutschlands Regierung bekenne sich also dezidiert und von der Mehrheit im Parlament unwidersprochen zu einer Militärpolitik mit Atomwaffen.

Mit diesen und weiteren Beiträgen, z.B. zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, bieten WeltTrends spannende, lesenswerte Analysen für unser Friedensengagement für Atomwaffen. Was mir fehlt, sind Ausblicke auf die Überwindung der nuklearen Bedrohung. Das sollte Themenschwerpunkt für ein weiteres Heft sein.

**Wolfgang Schlupp-Hauck**

WeltTrends Heft August 2018  
(Nr. 142), [www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)



## Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne  
 Atom- und Uranwaffen.  
 Für die friedliche Nutzung  
 des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

**Auflage:** 1000

**Herausgeber**  
 Pressehütte Mutlangen  
 Friedens- und Begegnungsstätte  
 Mutlangen e.V.  
 Forststraße 3  
 73557 Mutlangen  
 Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
 www.pressehuette.de  
 post@pressehuette.de

**Einzelheft:** Euro 3.-€ plus Porto

**Jahresabonnement:** Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und  
 Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
 ist der Bezug im Mitglieds-  
 beitrage enthalten.

**Bankverbindungen**  
 nur für Abo-Gebühren:  
 Friedens- und Begegnungsstätte –  
 FreiRaum  
 Raiffeisenbank Mutlangen  
 DE90 6136 1975 0055 6280 10

**für steuerabzugsfähige Spenden:**  
 Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
 Kreissparkasse Ostalb  
 IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99  
 Stichwort: Spende FreiRaum  
 Bitte vollständige Adresse angeben!

**Redaktion**  
 V.i.S.d.P  
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)  
 Tel. 0 71 71 - 18 20 58  
 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
 Beiträge geben nicht unbedingt  
 die Meinung der Redaktion wieder.

**Satz und Layout**  
 Michael Heidinger Grafikdesign  
 www.michael-heidinger.com

**Druck**  
 UWS-Druck und Papier GmbH  
 70184 Stuttgart,  
 Telefon (07 11) 46 30 05  
 mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

## OFFENES STRATEGIETREFFEN DER KAMPAGNE »BÜCHEL IST ÜBERALL – ATOMWAFFENFREI. JETZT« 16./17. NOVEMBER 2018, KÖLN

Freitag: 16:30 bis 19 Uhr  
 Samstag: 10 bis 17 Uhr

### TAGUNGSORT

### THEMEN UND ARBEITSGRUPPEN

- Bildungsarbeit
- Aktionspräsenz in Büchel: zentrale und regionale Mobilisierung
- Don't bank on the bomb und Divestment
- Internationales incl. Europawahl
- Kirchen und Zivile Konfliktbearbeitung
- Lobbying, Dialog mit Entscheidungsträgern
- Kooperation mit Mayors for Peace

**Entwicklung eines Zeitplanes für die kommenden beiden Jahre.**

Zur besseren Vorbereitung bitte anmelden:  
[blach@dfg-vk.de](mailto:blach@dfg-vk.de)

## DIE KIRCHE UND DIE ATOMBOMBE

### Christine Busch Vorsitzende der AGDF kommt am 21.11.2018 zu Gast ins Kloster der Franziskanerinnen nach Schwäbisch Gmünd

Im Rahmen der Friedensdekade 2018 feiert die Pressehütte traditionell gemeinsam mit den Kirchen der Stadt einen Bußgottesdienst. Im Anschluss folgt in diesem Jahr der Vortrag "Die Kirche und die Atombombe", den die Vorsitzende der AGDF, Christine Busch im Kloster der Franziskanerinnen hält. Besonders freuen wir uns als Mitgliedsorganisation der Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF) mit dieser Veranstaltung einen Beitrag zum 50jährigen Jubiläum der AGDF zu leisten.

